

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1921**

45 (23.2.1921)

# VOLKSFREUND

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Preis: Durch unsere Träger 6.- M. einsech 80 A. Postleitzahl: bei Abholung in der Geschäftsstelle und in 10 Tagen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Postleitzahl, monatlich 54.- M. Ausgabe: Freitag mittags Geschäftsstelle und Redaktion: Lufsenstr. 21. Anzeiger: Die 14 tägige Kolonietabelle 1.- M. Die Restzeitung 3.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. - Annahmestellen: 8 Uhr vormittags; für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Das Wahlergebnis in Preußen

#### 4171286 sozialdemokratische Stimmen 111 Sozialdemokraten gewählt

Nach der nunmehr abgeschlossenen vorläufigen Berechnung erhielten Stimmen: Deutschnationale 2 092 667 Stimmen, Deutsche Volkspartei 2 266 587 Stimmen, Zentrum 2 364 202 Stimmen, Demokraten 977 463 Stimmen, Mehrheitssozialisten 1 171 286 Stimmen, U.S.P.D. 1 055 023 Stimmen, Kommunisten 1 207 695 Stimmen, Wirtschaftspartei 187 345 Stimmen, Westpreußen 436 472 Stimmen. Abgegeben wurden 15 951 398 St.

Berlin, 22. Febr. Nach den Berechnungen des Wahlkommissars der Regierung werden in neun Landtag die folgenden Mandate folgende Stärke zuweisen: Mehrheitssozialisten 111, Zentrum 83, Demokraten 25, Deutschnationale 73, Deutsche Volkspartei 56, Kommunisten 30, Unabhängige 28, Wirtschaftspartei 2 Welsen und Schleswig-Vollsteiner 6.

Die jetzige Regierungskoalition verfügt über 219 von 414 Mandaten. Das sind 12 über die absolute Mehrheit.

### Regierungsfragen als Folge der Preußenwahlen

Seitdem schon mit den ersten allgemeinen Meldungen über den Wahlausfall in Preußen, wurden auch die ersten spekulativen Kombinationen über die Regierungsbildung in Preußen der Presse übermitteln. Der enorme Eifer ist mehr verständlich als loblich. Die alte Koalition verfügt, wenn die heute mitgeteilten Zahlen stimmen, nur über eine sehr schwache Mehrheit, die rein zahlenmäßig kaum den kommenden Kämpfen und Stürmen gewachsen sein dürfte.

Sicher gewinnt dadurch die Frage der Regierungsbildung eine große Bedeutung, aber wir sind der Auffassung, daß man mit mehr Sorgfalt als Eifer an die Erörterung und gar Lösung dieser verdammt heißen und folgenreichen politischen Sandlung herangehen sollte.

Reicht die alte Koalition nicht mehr zu einer Mehrheit aus, die allen Kämpfen und Situationen als Mehrheit gewachsen ist, muß auf anderer Basis eine neue Regierungsmehrheit gesucht werden. Aber nach links oder nach rechts? Die Kommunisten werden nicht mitmachen und — wohl von allen bisherigen Koalitionsparteien auch weder gewünscht noch akzeptiert werden. Die Unabhängigen! Wir glauben kaum, daß das Zentrum mit der U.S.P. in eine Koalition gehen würde, und wenn auch, der Eintritt der U.S.P. würde nach der katastrophalen Niederlage der Demokraten nicht ausreichen. Es müßte also gleichzeitig auch nach rechts, zur Deutschen Volkspartei gegriffen werden. Eine Koalition, etwa bestehend aus Volksparteiern, Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten und Unabhängigen, würde eine numerisch sehr starke Parlamentsmehrheit darstellen. Aber, wird sie möglich sein? Und würde sie bei der Behandlung der ersten großen wirtschaftlichen Aufgabe auch haltbar sein? Der Eintritt der Volkspartei zur alten Koalition, ohne die Unabhängigen, würde gleichfalls eine zahlenmäßig recht tragfähige Mehrheit schaffen. Aber, ist ein Zusammengehen der Sozialdemokratie mit der Volkspartei möglich? Wir wissen, daß innerhalb unserer Partei darüber Meinungsverschiedenheiten bestehen; bis in die jüngsten Tage hinein dürfte die Mehrheit bei uns auf einem ablehnenden Standpunkt stehen. Und kein Zweifel ist darüber möglich, daß z. B. die große Mehrheit unserer Parteigenossen einem Zusammengehen mit der Volkspartei feindselig gegenübersteht. Sieh an die Seite der Stimmepartei zu stehen, das würde den Arbeitern doch verdammt sauer werden. Ohne Eintritt der Volkspartei kann aber die alte Koalition nicht weiter wirtschaften. Eine Regierungsmehrheit ist aber auch möglich, wenn alle bürgerlichen Parteien zusammengehen, Sozialdemokraten und Unabhängige außerhalb der Regierung bleiben. Wer aber sollte sich darüber täuschen, nach den bitteren Erfahrungen in Bayern und anderswo, daß eine sozialistische Regierung von der gesamten Reaktion mit hellem Jubel begrüßt werden würde? Eine rein bürgerliche Regierung im Reich, dies in Preußen und Bayern, da erleben die Erziehungsmänner und Spielgefährten Tage aufmunternder Unbehelligkeit. Und die Steuer- und Sozialversicherungsfragen, der Arbeiterschutz, die Ernährungsfragen, sie würden eine Behandlung oder Mißhandlung erfahren, die die schwersten allgemeinen Schäden zur Folge haben müßten. Das muß in allem Ernst bedacht werden. Eine rein bürgerliche Regierung, die naturgemäß auch die Deutschnationalen als Regierungspartei haben würde, wäre nichts weiter als eine Schwächlerin der Reaktion und — gegebenenfalls der Gegenrevolution.

Wir sind der Auffassung, daß die Wahrnehmung der Arbeiter- und Volksinteressen uns nicht erlaubt, außerhalb der Regierung zu bleiben. Und wenn unser Wiedereintritt in die preussische Regierung die Deutschnationalen von der Regierungskoalition ausschließt, uns gleichzeitig solche Regierungssitze sichert, die uns ermöglichen, das Treiben der Reaktion genau zu überwachen, sollten wir bittere Gefühle unterdrücken zugunsten der verstandesgemäßen politischen Handlung.

Meddings: treten wir etwa in Preußen in eine Regierung ein, der auch die Volkspartei angehört, muß auf dem Fuße die Regierungsumbildung im Reich folgen, d. h. wir müssen dann auch wieder in die Reichsregierung eintreten. Wir müssen das tun, nicht in erster Linie, weil, wie es schon offenbar ist, die bürgerlichen Parteien diese Bedingung stellen werden, sondern — und zwar hauptsächlich — weil die innere Logik der Dinge dazu zwingt. Daß wir nach den letzten Reichstagswahlen nicht wieder in die Reichsregierung eingetreten sind, hatte triftige Gründe und ergab sich aus der Situation, die infolge der vollen Wahlkreise entstanden war. Inzwischen sind aber die Gefahren sehr gewachsen, die dem Staatsstift der Republik drohen. Da sollten, da dürfen wir nicht mehr auf der Kommandobrücke und am Steuer stehen.

Nach der schweren Wahlniederlage, die am Sonntag die Unabhängigen erlitten haben, sehen in beiden sozialistischen Lagern Weg- und Kampfgenossen die sozialistische Einheitsfront in unmittelbarer Nähe und sie fürchten, unser Wiedereintritt in die Regierung, zumal wenn er ohne die Unabhängigen erfolgte, würde den Weg zur Einheitsfront erneut vererrn. So erwünscht und gut diese Einheitsfront auch ist, noch halten wir sie nicht für möglich, wohl aber, daß wir bei gegenseitigen guten Willen bereit schlagen können, auch wenn wir getrennt marschieren, solange noch die U.S.P. als Partei marschfähig sein wird. Weil u. E. gegenwärtig die Einheitsfront der beiden sozialistischen Parteien nicht hergestellt werden kann, außer vielleicht durch einen furchtbaren Bruch von außen, oder einer plötzlich aufsteigenden schweren Gefahr im Innern, sollte die Sozialdemokratie nicht einer gewiß schönen Idee und einem ebenso schönen Wunsch zuliebe darauf verzichten, mitbestimmend im Reich wie in Preußen innerhalb der Regierung mitzuwirken.

Reicht nun zur Regierungsbildung Berlin, 22. Febr. In den Verhandlungen über Erweiterung der Koalitionsoptionen in Preußen und im Reich sagt das „Tagblatt“: Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß in kürzester Zeit im Reich wie in Preußen eine große Koalition zustande kommt, die von der Deutschen Volkspartei über das Zentrum und die Demokraten bis zu den Mehrheitssozialdemokraten reicht. In der „Vossischen Zeitung“ wird es als scheinbarer Fehler bezeichnet, daß die Reichsregierung und die preussische Regierung zu wenig homogen sind. Es dürfte nicht wiederholt werden, den nach den Reichstagswahlen begangenen Weg nochmals zu beschreiten. Die Möglichkeit, aus diesem Grunde der Regierung fernzubleiben, hat für die demokratische Partei nichts Schreckhaftes. — Nach der Meinung der „Germania“ ist die Grundlage der nachrevolutionären Politik in Deutschland nicht zu erschüttern da gegen die Sozialdemokratie nicht regiert werden kann. — Scheidemann erklärt im Acht-Uhr-Abendblatt, auch weiterhin ein Gegner gegen jedes Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei zu sein. Er konnte höchstens davon die Rede sein, daß die Entscheidung davon abhängt, aufgrund welchen Aktionsprogramms eine neue Regierung im Reich arbeiten sollte.

Besprechungen in Berlin zur Frage der Regierungsbildung Berlin, 22. Febr. Es wird gemeldet: Der interfraktionelle Ausschuss der Koalitionsparteien im Reichstag trat heute zusammen, um mit der Reichsregierung die durch die Wahlen entstandene Lage zu beraten. Die erste Fraktionsberatung der Demokraten nach der Kauf der Reichstagsarbeiten wird am Mittwoch stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen neben Besprechungen der Gegenstände, die auf der Tagesordnung des Plenums stehen, Beratungen über die Lage, die durch den Ausfall der Landtagswahlen geschaffen ist.

Heute fand eine Besprechung zwischen den in der Reichsregierung vertretenen Parteien über die durch die preussischen Wahlen geschaffene Lage statt. Es bestand volle Einmütigkeit darüber, daß auf eine Lösung hinzuwirken sei, bei der die Regierungen im Reich und in Preußen von denselben Parteien der Koalition getragen werden. Es wurde vereinbart, daß von diesem Gesichtspunkt aus ein einheitliches Vorgehen der in der Reichsregierung vertretenen Parteien bei der Neubildung der preussischen Regierung angestrebt werden soll.

Veränderung der Fraktionsstärke im Reichstage Berlin, 22. Febr. Auf Grund der Reichstagswahlen in Ostpreußen und Schleswig-Vollstein ergibt sich folgende Verschiebung innerhalb der Parteien des Reichstages: Deutschnationale Volkspartei jetzt 71 (bisher 66), Deutsche Volkspartei 65 (62), Zentrum 68 (67), Unabhängige 61 (59), Kommunisten 26 (24), Demokraten 49 (45), Mehrheitssozialisten 108 (113). Die übrigen Fraktionen bleiben unverändert. Die Gesamtzahl der Abgeordneten ist von 466 auf 469 gestiegen.

Ergebnisse der Reichstagswahlen in Schleswig-Vollstein Berlin, 22. Febr. Aufgrund der nunmehr vollständig vorliegenden Ergebnisse der Reichstagswahlen in Schleswig-Vollstein entfallen auf die Deutschnationalen 2 Mandate, die Deutsche Volkspartei 2 Mandate, die Demokraten 1 Mandat, die Mehrheitssozialisten 4 Mandate. Für den Landtag sind als gewählt zu betrachten: Deutschnationale 3, Deutsche Volkspartei 3, Demokraten 1, Mehrheitssozialisten 6, Kommunisten 1 Mandat.

### Aus Oberschlesien

Von Waldemar Drowski, deutscher Abstimmungskommissar für den Kreis Hindenburg, O-Schl.

Gar manchem im Lande wird es unverständlich sein, wie es den polnischen Agitatoren möglich war, aus der fernöstlichen Provinz Oberschlesien in kurzer Zeit einen polnischen Seuchenherd zu schaffen. Uns, die wir Gelegenheit hatten durch Jahre die Entwicklung der polnischen Bewegung zu verfolgen, kam die Sache nicht überraschend.

Die polnische Bewegung wurde ursprünglich von katholischen Geistlichen unterstützt und geleitet, nur mit der Absicht, der mächtig anwachsenden sozialistischen Bewegung das Wasser abzugraben. Die Arbeiter liefen in Massen aus den katholischen Arbeitervereinen, weil sie sich von den Zentrumsgrößen und Industriemagnaten verraten und verkauft fühlten. Sie mußten wieder eingearbeitet werden. Man gründete mit Industriekapital eine polnische Zeitung, den „Katholik“, der scharf gegen das deutsche Zentrum und die Industriegewaltigen in Opposition trat und die der deutschen katholischen Fahne entlaufene Männer bei der polnischen katholischen Fahne wieder sammelte. Kaum war ein kleiner Haufen unter polnisch-katholischer Flagge gesammelt, als nach der Provinz Polen ein Zustrom allerhand Glücksritter erfolgte. Rechtsanwälte, Ärzte, Apotheker, Drogeristen und Kaufleute überschwemmten den ober-schlesischen Industriebezirk und das flache Land und wie die Pilze schossen überall polnische Vereine und Verbindungen aus der Erde, die den Kampf aufnahmen gegen die katholischen Ostmarkenvereine.

Die Polizei witterte geheime Kampfortorganisationen, entsetzte Spittel, die wie gerichtlich festgestellt wurde, als Lockmittel auftraten, weiße Adler und sonstige nationale Abzeichen verteilten, um dann die Teilnehmer zu denunzieren. Es regnete Gefängnisstrafen und der Polizeistiefel tat alles, um die polnischsprechende ober-schlesische Bevölkerung zu verbittern. Die Partei und die Gewerkschaften versuchten Aufklärung in die Arbeitermassen zu bringen, doch ein ausgezeichnetes Spionagesystem sorgte dafür, daß jedes Parteimitglied, jeder Arbeiter, der einer freien Gewerkschaft, speziell dem Bergarbeiter- oder Metallarbeiterverband beitrug, sofort auf die Straße gesetzt wurde, insofern schwarzer Listen im ganzen Industriegebiet keine Arbeit mehr erhielt und zur Auswanderung nach dem Westen gezwungen wurde. Welcher Geist hier herrschte, kam bei den Wahlen 1912 noch zum Ausdruck, wo der katholische Biazzer Stowronski bei einer Zusammenkunft mit Vertretern der Großindustrie wörtlich ausführte: „Hören, meine Herren, der Körper, uns die Seele! Nach diesem Rezept wurde auch stets hier regiert. Lange Arbeitszeit, niedrige Löhne und die Behandlung sorgten für eine Abwanderung der intelligenten Arbeiter, während der Rest stumm, Sorgen und Ärger im Alkohol zu erstickt verarbeitete.“

Der Sonntag in Oberschlesien war verächtlich, konnte man doch an diesen Tagen hausenweise trunksüchtige Arbeiter auf den Straßen treffen, hohlwangige, hagere Gestalten, die nur Brot und Kaffee im Leib, 10-12 Stunden im Werk oder in der Grube zugebracht hatten und nun leicht über des Alkohols wurdete. Anfang dieses Jahrhunderts tauchten allerorts sogenannte „Volkshilfsvereine“ auf, die mit Regierungsgeldern nichts anderes als Hohenzollernkult und Volkserdummung trieben. Die Bibliotheken dieser Vereine waren alles andere, nur keine Bildungsstätten, war man doch ängstlich bemüht, jedes Werk fern zu halten, das geeignet schien, die Arbeiterklasse über die soziale Gesetzgebung oder sonstige Rechte aufzuklären. Die sonntägliche Unterhaltung der ober-schlesischen Arbeiterklasse bestand aus dem Besuch der Kirche, einer anschließenden kleinen „Säuferei“ ev. mit Prügeln; aber nur, wenn zufällig kein Kriegervereins- oder Arbeitervereinsfest Gelegenheit zum Kirchgang mit Musik, Parade, Festzug und Gartenkonzert mit „Ball“ stattfand. Die Volksgewaltigen haben es gern, wenn „ihre“ Arbeiter abgelenkt werden und unterstützten kräftig alle gelben Gesangvereine und Kriegervereine in jeder Art. Nicht nur nach Truppengattungen wurden sie geschieden, Kavallerie, Artillerie, Pioniervereine usw., nein, fast jedes Regiment, das irgend einen ehemaligen Feldwebel als Militärämter am Orte hatte, und derer gab es eine unheimliche Menge, gründete einen „Kameradenverein“, wo im altpreussischen Geist „gebildet“ wurde.

Der Krieg fand auch hier eine begeisterte Masse, die gern gegen den „Erbfeind“ zog. Unsere braven Oberschlesier, denen allgemein das Zeugnis ausgestellt wurde, daß sie gute Soldaten seien, empfanden schimpflich die Bezeichnung als „Pollacken“ oder „polnische Schweine“, wie sie leider nur zu oft von unverständigen Kommischnestern gebraucht wurden. Jetzt erinnern täglich polnische Flugblätter an die Zeit der Unterdrückung und Anechtung, an die schmachvolle Behandlung unter der preussischen Unteroffiziersherrschaft und finden leider nur zu willige Ohren.

Getreten von den „Oberen“, waren auch die mittleren Werkbeamten im Umgang mit der Arbeiterklasse nicht fein. Der Haß der Arbeiter machte sich in den Revolutionstagen Luft. Man lud die Herren Beamten auf die Karre, fuhr sie auf die Schlackenhalben und verprügelte sie derartig,

daß einzelne Herren unter den Händen der Kerze verlarben. Die wirklichen Schuldigen sahen in Sicherheit, und die Proleten im Stehtragen mußten für die Fehler der hohen Herren büßen. Wie das Gebaren der Industriegehaltigen selbst von der Bürgerlichkeit aufgefaßt wurde, darüber gibt ein Vers eines Spottgedichtes (Verfasser ein Jurist) glänzend Auskunft:

„Herrn Bestens Herrenleute finden hier kein Heimland, Eilig raffen sie die Beute, aus dem Oberschlesienland.“

Die Kommunen waren vollkommen in den Händen der „Gewaltigen“. Infolge des Dreiklassenwahlrechts ernannten sie ihnen genehme Berionen der 1. Klasse zu Stadtverordneten oder Gemeindevorsetzern, in der 2. Klasse kam die sogenannte liberale Bürgerlichkeit zum Wort, vollkommen abhängig von der Großindustrie mußte sie nach deren Pfeife tanzen. In der 3. Klasse kandidierten die Herren Direktoren selbst, und wehe dem Arbeiter, der es wagte, den Gegenkandidaten (vom Zentrum) zu wählen. Bürgermeister und Gemeindevorsteher wurden gewählt und wieder kaltgestellt, wenn sie wagten, gegen den Stachel zu löden. Die Regierungsorgane, Landräte und Regierungspräsident, durften nicht anders als den Industrieherren genehm war, „regieren“; die Macht der Herren reichte bis nach Berlin.

Die Revolution wirkte auf die obersteleffische Bevölkerung wie Befreiung von einem Albdrück. Männer und Frauen drängten zu Tausenden zur Partei, hoffend, daß Ebert und Scheidemann ihnen sofort den Himmel auf Erden verschaffen, sie aus Elend und Not befreien würden. Die Hege der USB führte zur Spaltung, doch wie im übrigen Reiche merkte auch sie hier am eigenen Leibe, daß sie nur Schrittmacher für die Kommunisten waren denn alle Stürmer und Dränger wanderten zu diesen neuen Aposteln weiter. Es sind wunderliche Käuze unsere Herren Kommunisten; zwang ein kommunistischer Verein doch sogar den Ortsprediger, ihre Vereinsfahne während des Hochamts zu weihen. Ihre Hauptanhängerin besteht aus ehemaligen Gelben. Die „Führer“ sind meistens Musterexemplare. Entweder sie „stürmen“, wenn ihnen in Folge ihrer Hege die Franzosen auf den Hals kommen sollen, oder sie rücken aus und vergessen die Rastgelder hier zu lassen.

Verärgerung und die Verprechungen der Bolen, die jedem Mann Haus, Hof, 3 Morgen Land und das nötige Vieh versprechen, ließen einen Teil der Arbeiterschaft den politischen Aposteln nachlaufen. Jetzt ist allgemein eine Gesundung wahrzunehmen. Die Arbeiter kommen zur Vernunft und massenhaft erfolgen die Hebertritte zu den freien Gewerkschaften und zur alten Partei. Die freien Gewerkschaften marschieren heute mit 150 000 Mitgliedern weit an der Spitze. Die „Christen“ und „Sirdische“ sind kleine Gruppen und in den politischen Vereinigungen jetzt eine Massenflucht ein.

Wir können der Abstimmung mit Ruhe entgegensehen, die Zeit arbeitet für uns. Die Bolen wissen dies genau und versuchen durch Terror die Bevölkerung einzuschüchtern. Die Veröffentlichung aller Verbrechen hat zu einer Panik unter den sogenannten Emigranten im Reich geführt. Die Furcht ist unbegründet. Alle Abstimmungsberechtigten aus dem Reich werden nur in absolut sicheren Orten untergebracht und am Tage der Abstimmung unter Bedeckung nach Landorten hin- und zurückgeschafft. Gefahr ist absolut nicht vorhanden und es ist Pflicht aller Stimmberechtigten, zur Abstimmung zu kommen und für die Heimat einzutreten.

Die Gefahr hat unter den deutschen Parteien zum Burgfrieden geführt. Die SPD ist die Leidtragende, wird ihr doch von den Schwärmern der Linken und auch von polnischer Seite „Nationalismus“ vorgeworfen. Wir haben in den Arbeitsgemeinschaften viel Dummheiten verhalten können, leider nicht alle. Den nationalen Kummel, wie er von deutschnationaler Seite getrieben wird, machen wir nicht mit. Wir lehnen auch die Verantwortung für alle nationalen Ausschreitungen ab, können aber nicht verhindern, wenn deutsche Arbeiter Gewalt mit Gewalt entgegenstellen.

Für das alte Preussentum, für Wiederkehr der Herrenherrschaft, werden wir keinen Arbeiter begeistern. Sozialistische

renn, Aufteilung der großen Güter Ausbau der Erwerbschaften und der Freiheiten durch die Revolution, sie sind der Schlachtruf, mit dem die SPD in den Kampf zieht — gegen polnischen Imperialismus und Militarismus, gegen die Herrschaft polnischer Junker und Wäffen!

### Die Neuordnung der Getreidewirtschaft Vorschläge des preussischen Landwirtschaftsministers

Am 21. Februar traten in München die Ernährungsminister der einzelnen Länder unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers zu einer für die Zukunft der deutschen Ernährungswirtschaft ungemein wichtigen Beratung zusammen. Zweck der Tagung ist die Entscheidung über die geplante Umstellung der Getreidewirtschaft. Dafür hat der Reichsernährungsminister einen Vorschlag gemacht, nach dem auf der Grundlage der vorjährigen Ernte von dem Inlandsgetreide 40 Prozent durch Umlage sichergestellt werden sollen. Davon gehen aber etwa 20 Prozent ab für Saatgut und Deputatgetreide, die dem Landwirt auf die Umlage gutgerechnet werden sollen, so daß also für die öffentliche Bewirtschaftung nur noch etwa 20 Prozent des Inlandsgetreides verfügbar bleiben würden. 60 Prozent der Abnehmerernte will der Reichsernährungsminister dem freien Handel zuführen. Tatsächlich würde dies der Aufhebung der Zwangsbevirtschaftung des Getreides gleichkommen. Die Sicherung der Brotwirtschaft denkt sich der Reichsernährungsminister so, daß an der Produktion von 1900 Tausend festgehalten wird; darüber hinaus soll aus dem für den freien Handel zugelassenen Inlandsgetreide Brot hergestellt werden, das freihändig, also ohne Marken, käuflich sein soll.

Die sichere Folge dieser Vorschläge würde eine unerträgliche Belastung der Reichskasse sein; denn zu den 20 Prozent des verfügbaren Inlandsgetreides müßte eine gewaltige Menge Auslandsgetreide beschafft werden und daraus würde sich eine völlig unerträgliche Verteuerung des Brotpreises ergeben.

Demgegenüber hat der preussische Landwirtschaftsminister eine Reihe anderer Vorschläge aufgestellt, die in München zur Beratung kommen werden. Auch Braun hält an dem Umlageverfahren als Grundlage fest. Aber für die Umlage soll nicht das letzte Jahr maßgebend sein, sondern der Durchschnitt der Jahre 1904 bis 1913; denn nur dieser Jahresdurchschnitt bietet den Maßstab für die Verteilung der Leistungen, die durch die Landwirtschaft erreicht werden können.

Mit Rücksicht auf ihre Erfüllbarkeit soll die Umlage nicht zu hoch angesetzt werden. Die Ablieferung des Umlagegetreides muß unter allen Umständen gesichert werden. Deshalb verlangt der preussische Landwirtschaftsminister folgendes: Die Landwirte, die ihrer Ablieferungspflicht nicht nachkommen, sollen gezwungen werden, den Fehlbetrag in Geld zu ersetzen und zwar nach dem Preise für Auslandsgetreide.

Von dem nicht durch die Umlage erfassten Getreide darf der Landwirt in eigenen Betriebe Gebrauch machen, soweit nicht andere reichsgesetzliche Bestimmungen dem Verbrauch entgegenstehen.

Das Getreide, das dann noch übrig bleibt, soll ebenfalls an das Reich abgeführt werden. Dafür erhält der Landwirt aber einen um 100 Prozent höheren Preis wie den für das Umlagegetreide festgesetzten, aber nicht in barem Gelde, sondern in Gestalt von künstlichen Düngemitteln.

Damit würde eine wesentliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung erreicht werden, also das Ziel, auf das Minister Braun mit aller Kraft hinarbeitet. Nur der Landwirt, der durch die vermehrte Verwendung von Kunstdüngern den Ertrag seines Bodens steigert und dadurch die Volksernährung fördert, kann an dem Vorteile, den der doppelte Preis für das überflüssige Getreide bietet, teilhaben. Mit der Verwirklichung dieser einfachen und praktisch durchführbaren Vorschläge wäre sowohl der Landwirtschaft, als auch dem Wohl des Volkes gedient.

### Sozialdemokratie und Geistesarbeiter

O. B e c h, Oberrevisor, Karlsruhe  
In Nr. 40 der „Süddeutschen Zeitung“ wird der Versuch unternommen, zwischen dem Bezirksverband der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeitsgemeinschaft der Sozi. Geistesarbeiter einen Gegensatz zu konstruieren. Dem Kritikerschreiber dürfte es, so gut wie uns, bekannt sein, daß in der Grund-

schauung, wonach die Arbeitsgemeinschaft der Sozi. Geistesarbeiter in den Rahmen der Partei eingegliedert sei, bei dem Bezirksverband und dem Landesgeschäftsausschuß der Sozi. Geistesarbeiter Hebererinstimmung bestand. Die Ansichten gingen nur bei der tatsächlichen Lösung dieser Frage unvorläufig auseinander; die Aussprache auf dem Baden-Labener Parteitag hat jedoch auch hierin eine beiderseits befriedigende Lösung zum Wohle der Gesamtpartei gezeitigt.

Sobiel zur Sache selbst. Es liegt uns jedoch fern, mit dieser objektiven Darstellung bezwecken zu wollen, eine gewisse Befriedigung auf Seiten der Geistesarbeiter der „Sd. Ztg.“ zu erreichen. Die in der „Sd. Ztg.“ gemachten Ausführungen befolgen doch nur den Zweck, den Geistesarbeitern vor der Sozialdemokratie grüßelig zu machen. Wir wissen genau, daß wir diesen Kreisen nur Wasser auf ihre Mühlen leiten, wenn recht viele Gelegenheiten zwischen Kopf- und Handarbeitern in der Sozialdemokratischen Partei bestehen würden. Wir sind zum größten Leidwesen der „Sd. Ztg.“ jedoch gezwungen, das Gegenteil feststellen zu müssen: In immeriger Zusammenarbeit mit den Handarbeitern wird in diesem mühsamen Ringen dem Kapitalismus allmählich der Boden entzogen, auf dem er sich breit gemacht hat. Für die gesamten Geistesarbeiter — Freie Gelehrte, Beamte, Lehrer und Angestellte — ist die klare Feststellung dieser Tatsache von ganz besonderer Wichtigkeit. Die Geistesarbeiter und insbesondere die Beamten waren gerade von den Kreisen, die der „Sd. Ztg.“ nahestehen, unter Mithilfe des alten Staates ganz künstlich und mit Mitteln eines unter den damaligen unzureichenden Verhältnissen unabwehrbaren Zwanges zu einer besonderen Rasse inmitten des übrigen Gesamtvolkes gemacht worden. Sie waren die Instrumente, deren sich die herrschenden Klassen der alten Ordnung bedienten, um alle wirtschaftlich Schwachen unterdrücken und knechten zu können. Für eine Hungerbesetzung — trotz günstiger wirtschaftlicher Verhältnisse — und unter den für die eigene freie Persönlichkeit würdevollen Bedingungen m u ß t e n sich die Geistesarbeiter zu Vorposten der kapitalistischen Kreise begeben.

Zeit der Revolution ist auch für die Geistesarbeiter die Bahn frei und eine schon sehr stattliche Zahl unter ihnen hat sich zusammengeschlossen, um zu zeigen, daß es ihnen um die Befreiung geht, daß es ihnen um die Würde des Volkes geht, daß es ihnen um die Würde des eigenen Menschens geht. Es ist eines der stolzesten Markzeichen des revolutionären Erfolges und wohl mit das hervorragendste Unterzeichnungsmerkmal des neuen freien Volkstaates von der alten staatslichen aristokratischen Gewaltorganisation, daß heute in unserem Lande tausende von Geistesarbeitern sich frei und offen zur Weltanschauung des Sozialismus bekennen.

Wir haben aus diesem Grunde volles Verständnis für den Ratschlag der „Sd. Ztg.“, mit dem unsere Auffassung nur befestigt wird, daß es den Angehörern der kapitalistisch gerichteten Geisteswelt recht unangenehm ist, wenn sich die Geistesarbeiter bei der Sozialdemokratischen Partei recht wohl fühlen und nicht die geringste Lust verspüren, den Eingeweihten der „Sd. Ztg.“ zu folgen, um wieder in den engen Bereich der geistigen Arbeit vornehmberühmten Angebensens eingesperrt zu werden.

### Badische Politik

Zur Aenderung des bad. Landwirtschaftskammer-Gesetzes  
Der Berichterstatter des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung im badischen Landtag, Abg. W i t t e m a n n hat nunmehr den Druckbericht über die von uns bereits ausführlich behandelten Verhandlungen der Kommission über die Aenderung des badischen Landwirtschaftskammergesetzes erscheinen lassen.

Interessant sind vor allem die mehrfach besprochenen Debatten über das Recht der Landwirtschaftskammer zu gewerblichen und Handelsunternehmungen, das nunmehr derart formuliert wurde, daß zum Beginn gewerblicher und handelsmäßiger Unternehmungen und zur Teilnahme an solchen der Vorstand der Landwirtschaftskammer der vorherigen Zustimmung bedarf von mindestens zwei Dritteln sämtlicher Mitglieder der Landwirtschaftskammer in der Vollversammlung und der Zustimmung des Ministeriums des Innern.

Das Vermögen der Landwirtschaftskammer, das am 31. Dezember 1910 188 765,40 M. und am 31. Dezember 1917 453 035,48 M. betrug, befreite sich nach der Rechnungslegung der trienarischen Betriebe auf 1. Mai 1918 auf 491 117,27 M.

Was die Beteiligung der Arbeiter an den Arbeiten der künftigen Landwirtschaftskammer anlangt, war man darüber in der Kommission, daß diese beizulegen seien, einig. Gegenüber einzelnen Ausnahmefällen von der Demokratie und zwei vom Zentrum war der Ausschuß überwiegend der Meinung, daß man die Arbeiterbeteiligung organisatorisch nach dem württembergischen Vorgange in das neue Gesetz hineinverarbeiten sollte, statt sie als eigene, selbständige neben-

### Madame Bovary

Roman von Gustave Flaubert.  
(Fortsetzung.)

„Vorwärts, vorwärts!“ Er schnalzte mit der Zunge, und die beiden Tiere galoppierten munter voran. Die hohen Farnkräuter am Wegrande verfangen sich in Emmas Steigbügel, Rudolf neigte sich ohne anzuhalten vor und entfernte sie. Ein andermal tritt er dicht neben Emma, um die Zweige von ihr abzuhalten, und sie fühlte, wie sein Arm ihr Bein streifte. Der Himmel strahlte nun in klarem Blau. Die Blätter bewegten sich nicht. Sie ritten über weite Strecken blühenden Heidekrautes dahin; kleine Weidenbüsche wechselten mit grau schillernden aber goldig glänzenden Baum- und Strauchgruppen ab. Jeweilen hörte man in den Büschen einen leisen Flügelschlag oder den heiseren Ruf eines Raben, der ins Eisenbild schlug.

Sie stiegen ab, und Rudolf band die Pferde an. Emma schritt ihm auf dem moosigen Wege zwischen den Wagen Spuren heran.

Ihr langes Kleid belästigte sie, obwohl sie die Schleppe schon über den Arm gelegt hatte. Sie schürzte es noch höher auf, und Rudolf betrachtete den zarten weißen Streifen ihres Strumpfes, zwischen Schuh und Kleid, als sei er ein Teil von ihr selbst.

Sie blickt stehen.  
„Ich bin müde“, sagte sie.  
„Noch ein Klein wenig Mut“, antwortete er, „ein Stückchen noch!“

Nach hundert weiteren Schritten hielt sie wieder inne. Unter ihrem Schleier, der von ihrem Herrenhut tief herabfiel, erschien ihr Gesicht von einem blauen Schimmer überzogen, als sei sie in Azur gebadet.

„Wohin gehen wir?“  
Er antwortete nicht. Sie atmete häßlich und schwer. Rudolf blickte umher und biß sich auf die Lippen.

Sie gelangten an eine freie Stelle, auf der Holz gefällt worden war, und ließen sich auf einen Baumstamm nieder. Dann begann Rudolf von seiner Liebe zu reden. Er erschröckte Emma nicht gleich durch Erklärungen, sondern sprach ruhig, ernsthaft und melancholisch.

Emma hörte ihn mit jenem Kopfe an und zeichnete mit der Spitze ihres Schuhs Linien auf den Boden. Als er aber die Worte sprach: „Unser Geschick ist von jetzt an miteinander verbunden“, erwiderte sie schnell: „O nein, das ist unmöglich!“

Das wissen Sie wohl!“ Sie stand auf, um fortzugehen. Er sah sie am Handgelenk.

Sie blieb stehen, betrachtete ihn einige Minuten lang mit liebedollen, feuchten Augen und sagte dann leibhaftig: „Nichts mehr davon... wo sind die Pferde? Wir wollen umkehren.“  
Er machte eine zornige Bewegung.  
Sie drängte nochmals: „Wo sind die Pferde? Wo sind die Pferde?“

Da erhob er sich mit seltsamen Lächeln und trat, die Augen starr auf sie gerichtet, die Lippen zusammengepreßt und mit ausgedehnten Armen auf sie zu.  
Sie wich bebend zurück und stammelte: „O, Sie machen mir Angst... Sie handeln nicht recht an mir... wir wollen gehen.“

„Wenn es sein muß“, erwiderte er mit künftlich verändertem Gesicht.  
Er war plötzlich wieder ganz respektvoll und schüchtern lächlich geworden. Sie nahm seinen Arm, und sie wandten sich zum Heimweg.

Er sagte: „Was hatten Sie denn? Ich habe Sie gar nicht verstanden. Und Sie mißverstehen mich ganz gewiß. Sie thronen in meinem Herzen wie eine Madonna auf ihrem Piedestal, hoch, makellos, unerreichbar. Aber ich brauche Sie zum Leben. Ich muß Ihre Augen sehen, Ihre Stimme hören, muß fühlen, daß Sie an mich denken. Seien Sie meine Freundin, meine Schwester, mein Engel!“

Er legte den Arm um ihre Taille. Sie versuchte faust sich ihm zu entwinden, er aber drückte sie im Gehen leise an sich. Da hörten sie schon die beiden Pferde im Gebüsch die Blätter abrupfen.

„O, wir wollen uns noch nicht trennen“, sagte Rudolf, „noch einen Augenblick!“  
Er zog sie mit sich fort, an einen kleinen Teich, in dessen Wasser sich zarte Schilfpflanzen spiegelten. Verwelkte Seerosen standen unbeweglich zwischen den Büschen. Beim Laut ihrer Schritte sprangen Frösche vom Ufer ins Wasser.

„Ich tue unrecht, ich tue unrecht“, wiederholte Emma. „Es ist Wahnsinn, auf Sie zu hören.“  
„Warum?“... Emma... Emma...  
„O, Rudolf“, jagte langsam die junge Frau und lehnte sich an seine Schulter.

Das Tuch ihres Kleides sämigte sich an den Saum seines Reithädchens. Sie lehnte ihren weißen Hals, den ein Seufzer schwellte, zurück, ihr Wille verließ sie und meinte, bebend bedeckte sie ihr Gesicht mit den Händen und gab sich ihm hin.  
Schon senkten sich die Abendstatten nieder; die letzten

strahlen Sonnenstrahlen, die durch die Bäume blühten, blendeten sie. Hier und da zitterten leuchtende Lichtflecken am Boden, als seien Federn aus dem glänzenden Gefieder von Kolibris zu ihren Füßen niedergefallen. In der grünen Weite herrschte dieses Schweigen. Eine sanfte Verneigung lösten von den Büschen die Ähren. Sie fühlte ihr Herz schlagen und das Blut in ihren Adern klopfen. Dann vernahm sie in weiter Ferne, von einem Hügel jenseits des Waldes her, einen langgezogenen, heiseren Schrei, wie einen schleppenden Ruf, und sie lautete ihm wie einer Krüppel, die sich in den letzten Vibrationen ihrer aufgeregten Kehnen mischte. Rudolf hatte eine Zigarre zwischen den Zähnen und brachte mit seinem Federmesser einen der Wägen wieder in Ordnung.

Sie ritten auf demselben Wege nach Honville zurück. Auf der Straße erkannte sie noch die Fußspuren ihrer Pferde; das waren dieselben Sträuher, da lagen noch dieselben Steine am Wegrande. Nichts hatte sich verändert, und doch war ihr etwas begeben, das bedeutsamer war, als hätte sie die Wege verlassen. Rudolf ergriff von Zeit zu Zeit ihre Hand und küßte sie. Sie sah reichend zu Pferde, zart, schlank und gerade; das Antlitz in die Nähe des Halses geschmiegt und von der frischen Luft und den Strahlen der Abendröte sanft rosig überhaucht.

Als sie Honville erreicht hatten, strengten sie in rascherem Tempo über das Pflaster. Man fürzte aus Fenster, um sie zu sehen.

Beim Abendessen fand ihr Gatte, daß sie sehr wohl aussähe. Sie schien kein Kompliment nicht zu hören und fragte nach seinem Kranken. Dann küßte sie den Ellbogen neben ihrem Teller auf, der rechts und links von den zwei Kerzen auf dem Tische bestrahlt war.

„Emma“, sagte Karl.  
„Was gibts?“  
„Ach... ich kam heute nachmittag bei Alexander vorbei... er hat eine Stute, die noch ganz schön ist, nur die Sinne sind ein bißchen beschabt. Er würde sie mir sicher für hundert Talent lassen...“

Nach einer Pause fügte er hinzu: „Ich dachte, ich könnte die damit eine Freude machen und habe sie gleich genannt... ich habe sie gekauft... Was ist die Vergütung?“ Sag doch mal!“

Sie nickte zustimmend mit dem Kopfe. Nach einer Viertelstunde fragte sie: „Gehst du heute abend noch fort?“  
„Ja, warum?“  
„O, ich meine nur, lieber Freund.“

Raum hatte Karl sie verlassen, so stieg sie in ihr Zimmer hinauf.  
(Fortf. folgt.)



Aus dem Lande

Mannheim, 22. Febr. In einer der letzten Nächte haben Einbrecher aus einer Wohnung Wertgegenstände und Gebrauchsgüter im Werte von 88 000 M.

Freiburg, 21. Febr. Eine Vollversammlung der hiesigen Handwerkskammer hat sich heute in der hiesigen Kommunalfabrikationsanstalt abgehalten.

Tenningen, 21. Febr. Ein 20jähriges Dienstmädchen aus Forstheim, das hier seiner Dienstherrin Käse, Kleidungsstücke und Schmuck im Werte von über 10 000 M. entwendet hatte, wurde hier verhaftet.

Kulmburg, 22. Febr. In dem Vatermord wird weiter ergänzend berichtet, daß die Witwe Schupp, die ihren Vater erschlug, in Freiburg keinen Liebhaber hatte, sondern mit einem dort allgemein geschätzten Manne verlobt war.

Todtnau, 22. Febr. Der Kaufherr Robert Tenn aus Ludwigsbühl am Rhein wurde hier festgenommen, weil er drei goldene 10 Markstücke zu je 100 Mark zu verkaufen versuchte.

Aus der Stadt

Karlsruhe 23. Februar.

Geschichtskalender

23. Februar, 1842 \* Der Philosoph Ed. v. Hartmann in Berlin. — 1855 † Der Mathematiker K. F. Gauß in Göttingen. — 1908 † Der Schriftsteller Theodor Fontane in Berlin.

Karlsruher Parteinachrichten

Heute abend 8 Uhr Vertrauensmänner-Versammlung in der „Goldenen Krone“, Ecke Amalien- und Douglasstraße. Thema: Die Freuwahlen. Alle Vertrauensleute der Partei haben zu erscheinen.

Bezirk Klappert, öffentliche Volksversammlung. Gen. Richter Kemmle spricht am kommenden Samstag, abends halb 8 Uhr im Bahnhofs-Hotel über „Die politische Lage in Baden und im Reich“. Genossen, sorgt für Massenbesuch!

Beatus ille . . .

Die Reichsminister sind die Brügelknaben; Ein laures Amt — wahrhaftig nichts zum Schanden; Wer lohnt den Armen, die den Vorzug haben, Vom Feinde jede Freiheit einzuführen?

Ferdinand Madlinger.

Generalversammlung des Transportarbeiter-Verbandes. W. Am Samstag, den 5. Februar, fand die Generalversammlung des Transportarbeiterverbandes im „Elefanten“ statt.

Geschäftsbericht für das Jahr 1920. Aus demselben war zu ersehen, daß das vergangene Jahr infolge der tiefen empfindlichen Preise für Lebensmittel und alle anderen Bedarfsartikel im Zeichen der Lohnbewegungen stand.

Einmütig erfolgte die Entlastung der Geschäftsleitung und Ordnerverwaltung. Ebenso einstimmig wurden die Vertreter der einzelnen Sektionen in die engere Ordnerverwaltung gewählt.

Nachdem noch einige Anträge über Erledigung gefunden hatten, konnte die sehr schön verlaufene Versammlung geschlossen werden. Kollege Brendle wies mit Recht darauf hin, daß nur einmütiges Zusammenhalten zum Ziele führt.

Ein französisches Pulvermagazin bei Karlsruhe in die Luft geflogen

Die Deutsche Nachrichtenagentur in Berlin weiß von folgender Explosion in Karlsruhe zu berichten:

„Das im Walde bei Karlsruhe gelegene französische Pulvermagazin ist infolge einer Explosion in die Luft geflogen. Ob Menschenleben dabei zu Schaden gekommen sind, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden, da die Franzosen über das Unglück das größte Stillschweigen bewahren.“

Wir in Karlsruhe haben zwar von dieser gewaltigen Explosion nichts verspürt, trotzdem die Wirkung derselben so außerordentlich groß gemessen sein muß, daß sie sogar in Berlin (1) zu bemerken war.

Nochmals die G. Braun'sche „Hof“-Buchdruckerei

Wir erhalten dazu folgende Erklärung: In dem in Ihrer Nr. 41 vom 18. Februar enthaltenen Artikel „Der Herr im Hause!“ gegen den Mitinhaber der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei und Verlag, Herrn Dr. Albert Mittel, ist zum Schluß gesagt, der genannte Herr habe als Vorsitzender des süddeutschen Zeitungsverlegervereins kürzlich eine Anweisung gegeben, alle über den Tarif hinausgehenden Forderungen der Gehilfen strikte abzuweisen.

Wir nehmen von dieser Erklärung, die den Anschauungen von Herrn Dr. Albert Mittel gemäß entspricht, gerne Notiz, schon deshalb, weil die Gehilfen ersehen können, daß die maßgebenden Kreise des Buchdruckerwesens usw. darin einig sind, ihre Gehilfen nur zum tariflichen Minimum zu entlohnen.

Die hier niedergelegten Forderungen bedeuten das den Zeitverhältnissen entsprechende Lohnminimum. Ueber diese Höhe hinausgehen, bleibt dem freien Ermessen der Prinzipale oder der Vereinbarungen zwischen Prinzipalen und Gehilfen überlassen.

Grundsätzlich denkt eine große Zahl von Firmen auch so und entlohnt ihre Gehilfen etwas über Minimum und zeigen damit mehr soziales Verständnis als die „maßgebenden Kreise“ auf Arbeitgeberseite, trotzdem man in diesen Kreisen so gern ein soziales Verständnis umgünstigen verleiht.

Eine Betriebsräteversammlung fand Dienstag abend im „Elefanten“ statt und war sehr gut besucht. Sekretär Hof sprach über die Betriebsräte wahlen, die in den nächsten Wochen stattfinden.

Beste! Nintheim. Am Sonntag nachmittag referierte Genosse Hauptlehrer Haebler über das Thema „Christentum und Sozialismus“ in sehr trefflicher Weise.

Quäterspeisung. Wir bemerken auf die im Angehefteten der heutigen Nummer veröffentlichte Einladung, monach werdende und stehende Mütter sowie Kleinkinder von 2-6 Jahren demnächst an einer täglichen Quäterspeisung teilnehmen können.

W. Lichterliche Gesellschaft. Unter diesem Namen wurde hier eine Gesellschaft ins Leben gerufen, die sich zur Aufgabe gestellt hat, das Interesse weiserer Kreise für Licht- und Beleuchtungsstechnik zu wecken und zu pflegen.

Bl. Ueber das Burgenland (Deutsch-Westungarn) hielt Montag abend im höchstbesetzten Rathauskaffee Herr Finanzrat Dr. Stephan Wien einen instruktiven Lichtbildvortrag.

betonte einleitend in seiner Begrüßungsansprache die absolute Notwendigkeit der Fliese des Deutschums im Auslande, die hierin benagene Unterlassungsfähigkeit des saum gereinigten, wirtschaftlich schnell in die Höhe geschossenen jungen Deutschland hätte sich klar im Weltzuge gezeigt.

Verkehrseinsparung. Wegen Kohlenmangel der der überreichen Staatsbanken werden erstmals vom 23. Febr. an dreimal wöchentlich zwischen Paris und Wien über Karlsruhe-Mühlacker hergehenden Luftzüge 6 63 und 8 63 bis auf weiteres in München endigen und beginnen.

Miet- und Untermietvereinbarung. Wir möchten auch an dieser Stelle auf die am Donnerstag abend 7 Uhr in der Stadtteiler Mühlburg (Goldener Hof), Wesslhardt (Württembergischer Hof), Südat (Rehstrasse) Auerbach, Althardt (Kronenfeld) und Litz (zur Krone) stattfindenden öffentlichen Miet- und Untermietvereinbarungen aufmerksam machen.

Klein- und Kleinsthandel. Ein Kind unserer Stadt, Max Schöbele, wird am 28. Februar, abends 8 Uhr, im Eintratskaal konfiszieren. Ihre Geliebte, die Frau Schöbele, wird die jugendliche Koloratur-Sopranistin an ihrem ersten eigenen Klein- und Kleinsthandel an Pfingst selbst begleiten.

25jähriges Geschäftsjubiläum der Firma Pannschuch G. m. b. H. u. Co.

Am Anlaß der 25. Wiederkehr des Gründungstages der Firma hatten die Geschäftsinhaber ihre Angestellten und Arbeiter des Hauptgeschäfts Karlsruhe und Filialen zum 20. Februar nachmittags 3 Uhr in den freundlich ausgeschmückten Saal des „Mühlenturms“ zu einer Festlichkeit eingeladen.

Die Arbeiter ließen durch Herrn Valo Becker, Mitglied des Betriebsrats, ein feierliches Diplom unter Glas und Rahmen überreichen. Die Herren Wetzels und Goldbach übermittelten Wünsche der Filiale Baden-Baden und des Zweigunternehmens in Forstheim.

Vereinsanzeiger

Am 4. Febr. (Sozialdem. Verein) Morgen Donnerstag den 24. Febr., abends 7 1/2 Uhr, im „Schwanen“ Mitgliederversammlung. Auch haben sämtliche Bürgerauschussmitglieder zu erscheinen, da dringende Gemeindegemeinschaften erörtert werden.

Am 11. Febr. (Sozialdem. Verein) Morgen Donnerstag den 24. Febr., abends 7 1/2 Uhr, im „Schwanen“ Mitgliederversammlung. Auch haben sämtliche Bürgerauschussmitglieder zu erscheinen, da dringende Gemeindegemeinschaften erörtert werden.

Vertical text on the right edge of the page, including page number and some illegible text.

# Letzte Nachrichten

## Einzelresultate von den Preussischen Wahlen

**Berlin, 22. Febr.** Im Wahlkreis 20 (Niederrhein) erhielten die Deutschnationalen 49 404, die Deutsche Volkspartei 75 388, Zentrumspartei 472 848, die Demokraten 29 808, die Reichsbanner 164 459, die Unabhängigen 8880, die Kommunisten 4 762 und die fraktionslosen Parteien 125 Stimmen. Es entsand demnach auf die Deutschnationale Volkspartei 1, Deutsche Volkspartei 1, Zentrum 11, Reichsbanner 4, Kommunisten 1 Sitz.

**Chemnitz.** Da die Wahlen zum preussischen Landtag ähnliche Zahlen ergeben wie für den Reichstag, dürften gewählt sein: 6 Deutschnationale, zwei Zentrum, 8 deutsche Volksparteier, ein Demokrat, 5 Reichsbanner, 11 Kommunisten (darunter Ministerpräsident Braun), ein Unabhängiger, ein Kommunist (zwei Sitze), Deutsche Sp. 91 480 (2), Zentrum 400 749 (10), Demokraten 30 002 (insolange Listenverbindungen ist Oberbürgermeister Dominikus gewählt), Reichsbanner 106 211 (4), Unabhängige 22 027 (0), Kommunisten 48 884 (1).

**5. Wahlkreis-Frankfurt an der Oder:** D.N. 247 858 (6), D.Vp. 90 419 (2), Zentrum 46 449 (1), Komm. 21 150, Christliche Sp. 10 030, 13. Wahlkreis, Schleswig-Holstein: D.N. 141 854 (3), D.Vp. 123 177 (3), Zentrum 5576, Dem. 59 835 (1), Reichsbanner 250 943 (6), Unabhängige 21 007, Dem. 41 160 (1), Landspartei 27 828, Schleswiger Verein 4684.

**19. Wahlkreis, Osnabrück-Lingen:** D.N. 118 148 (2), D.Vp. 128 651 (3), Zentrum 103 020 (2), Dem. 59 872 (1), Reichsbanner 231 240 (5), Unabhängige 25 876, Komm. 82 652, Wirtschaftspartei 3025. Es löst u. a. Stadtfrei Frankfurt.

**21. Wahlkreis, Koblenz-Trier:** Gültige Stimmen 531 402. Davon D.N. 26 554, D.Vp. 59 450, Zentrum 398 605, Demokraten 14 721, Reichsbanner 61 250, Unabhängige 2812, Komm. 11 963, Christl. Sp. 18 004. Verteilung der Sitze: 2 Vp. und Reichsbanner 1, 1 D.N., 1 Zentrum, 1 Reichsbanner je 1, 1 D.N. Die fraktionslose Partei erhielt 67 Stimmen.

**Berlin, 22. Febr.** (Privat.) Wählermeldungen zufolge wurden bei der Wahl am vergangenen Sonntag in dem früheren weipreussischen Kreise Stahm, der bei Deutschland berüchtelt ist, für die politische Räte rund 8523 Stimmen abgegeben. Es ist dieses Wahlergebnis für Deutschland wesentlich günstiger, als das seinerzeitige Abstimmungsergebnis.

## Steigen der Erwerbslosenziffer

**Berlin, 22. Febr.** Trotz aller Gegenmaßnahmen hat die Erwerbslosigkeit im Monat Januar eine weitere, ganz bedeutende Zunahme erfahren. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsbefähigten allein ist von 335 000 auf 357 000, die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen von 410 000 auf 432 000 gestiegen. Im Zusammenhang mit dem Anstehen der männlichen Erwerbslosen ist auch die Zahl der unterstützten Familienangehörigen, nämlich von 457 000 auf 495 000 gestiegen. Berücksichtigt man, daß infolge der Beschränkungen, die für die Gewährung von Erwerbslosenunterstützungen bestehen, nach den bisherigen Schätzungen nur etwa der tatsächlichen Erwerbslosen die Unterstützung erhalten, so dürften zur Zeit etwa 2 Millionen Menschen in Deutschland das gewohnte Arbeitseinkommen entbehren. Hierzu tritt die Zahl der Kurzarbeiter, d. h. der aus Mangel an Arbeitsgelegenheit nur verhältnismäßig und entlohnten Arbeiter, die nach den vorliegenden Statistiken auf die doppelte Zahl der Erwerbslosen geschätzt werden muß. Es muß also angenommen werden, daß etwa 10 Prozent der gesamten deutschen Bevölkerung vollständig oder zu einem wesentlichen Teil von der Arbeitslosigkeit bedroht ist.

## Ein Wahlsieg der freien Gewerkschaften im Saargebiet

**Saarbrücken, 22. Febr.** Bei der Wahl der Weisheit zum Knappschafts-Cherwerbssicherungsrat entsandten die Bergarbeiter auf die Christlichen Gewerkschaften 5 Sitze (27 606 Stimmen), auf den alten (freien) Bergarbeiterverband 7 Sitze (42 049 Stimmen); bei den Hüttenarbeitern auf die vereinigten Christlichen und Hüttenarbeiter Gewerkschaften kein Sitz (4 676 Stimmen), auf den Deutschen Metallarbeiterverband 4 Sitze (39 888 Stimmen).

## Die Montenegriener erklären den Jugoslawen den heiligen Krieg

**Basel, 22. Febr.** Wie die „Pres Information“ aus Cetinje berichtet, hat sich die montenegrinische Bevölkerung in Cetinje und in der Provinz gegen die Serben erhoben und den heiligen Krieg erklärt. Die Hauptstadt ist von zwei serbischen Infanterieregimentern und Maschinengewehrabteilungen besetzt worden. Die Lage ist außerordentlich ernst.

ernst, da bereits Zusammenstöße zwischen der Bevölkerung und den Truppen stattgefunden haben.

## Eine Note der Reparationskommission

**Paris, 22. Febr.** Die Reparationskommission veröffentlicht folgende Note: Mit Rücksicht darauf, daß nach Fortschritt des Artikels 28 des Versailler Vertrages spätestens am 1. Mai 1921 alle Schäden, deren Wiedergutmachung Deutschland schuldet, abgeklärt sein müssen, hat die Reparationskommission ein Tableau aufgestellt, durch das Woche für Woche die Arbeit vorgegeben ist, die geleistet werden muß, um die endgültige Befreiung zu dem vorgesehenen Termin treffen zu können. Zunächst hat die Reparationskommission den alliierten Regierungen kundgegeben, daß nach dem 12. Februar als letztem Termin keine Reklamation mehr angenommen werden würde. Andererseits ist die deutsche Regierung aufgefordert worden, spätestens zum 15. Februar Sachverständige nach Paris zu entsenden, die das der Reparationskommission vorgelegte Material prüfen sollen. So sollen Verzögerungen vermieden werden, die entstehen würden, wenn die Reklamationen der alliierten Regierungen erst nach Berlin gelangt werden müßten. Die von der Reparationskommission festgesetzte Arbeitsmethode ist folgende: Jede von einer alliierten Regierung eingegangene Reklamation wird der Kriegskostenkommission überwiesen, wobei der deutschen Regierung zur Aufklärung eine Frist von wenigstens acht, höchstens 15 Tagen, je nach der Natur des Einspruchs bewilligt wird. Diese Frist soll es Deutschland ermöglichen, alle ergänzenden Auskünfte einzufordern, die es für nötig hält, und jede Frage aufzuwerfen, die in Bezug auf die betreffende Reklamation im Zusammenhang steht mit den Grundlagen oder der Auslegung des Friedensvertrages.

Am 11. Februar hat Herr Derzy, einer der Vertreter der deutschen Regierung bei der Kriegskostenkommission, den Empfang einer gewissen Anzahl ihm zugesandter Reklamationen bestätigt und mitgeteilt, daß die bevollmächtigt Sachverständigen am 14. Februar nach Paris kommen würden, um die Details der einzelnen Reklamationen zu prüfen. Er hat dabei namens der deutschen Regierung erklärt, daß es ihr unmöglich sei, die Frist zu akzeptieren, welche die Kommission für die Einbringung der Reklamationen auf jede Kategorie der Reklamationen gestellt hätte. Die Kommission hat am 15. d. M. der Kriegskostenkommission geantwortet, daß es unmöglich sei, den Wünschen der deutschen Regierung zu entsprechen und daß die festgesetzten Fristen von der Reparationskommission strikte eingehalten werden würden.

(Anmerkung des B.V.: Die Note vom 15. d. M. liegt bei den Berliner Zentralstellen noch nicht vor. Es ist selbstverständlich ausgeschlossen, daß die deutsche Regierung sich darauf einlassen kann, sich im Einzelfall vorzureden zu lassen, binnen welcher Frist sie die Nachprüfung der außerordentlich umfangreichen Reklamationen zu erledigen hat. Wie wir erfahren, hat die deutsche Kriegskostenkommission Andeutung erhalten, diesen Standpunkt der Reparationskommission gegenüber nochmals zum Ausdruck zu bringen.)

## Ein ungarisches Wagnatzenhaus

**Wien, 22. Febr.** In der ungarischen Nationalversammlung wurde ein Gesetz zur Wiedererrichtung eines ungarischen Wagnatzenhauses eingebracht. Dieses ist als Senat mit etwa 125 Mitgliedern gedacht, von denen ein Teil ernannt, die meisten aus Vertretern der wirtschaftlichen Vereinigungen und wissenschaftlichen Korporationen gebildet werden soll.

(Von da bis zur Wiedererrichtung der Monarchie in Ungarn dürfte dann nur noch ein kleiner Schritt sein. Diese Reformvorhaben der Wagnatzenpublik ist beim heutigen Stand der kapitalistischen Entwicklung ganz natürlich. Die Wagnatzenarbeit wird für die Stärkung der Reaktion.)

## Die franz. Sozialisten gegen Albert Thomas

**Paris, 22. Febr.** In der letzten Sitzung der französischen sozialistischen Partei wurde der Abg. Albert Thomas als aufgeföhrt, entweder das Abgeordnetenmandat niederzulegen oder den Posten des Direktors des Internationalen Arbeitsamts, das in Frankreich als eine Einrichtung des Kapitalismus betrachtet wird, aufzugeben. Thomas ist entschlossen, der Aufforderung nicht Folge zu leisten, da er so wohl bei seinen Wählern als bei den Körperschaften, die in der Amerikaner Internationalen vertreten sind, volles Vertrauen genießt.

## Londoner Konferenz

**Paris, 22. Febr.** Wie der Sonderberichterstatter von Havas in London meldet, fand die erste Vollziehung der Konferenz gestern Nachmittag um 4 Uhr im St. James-Palast statt.

## Abstimmung in Oberschlesien

**London, 21. Febr.** (Amstsch.) Die Londoner Konferenz hat beschlossen, daß die ober-schlesischen Landeseinwohner und die außerhalb wohnenden Abstammungsberechtigten zu gleicher Zeit abstimmen sollen.

**Paris, 21. Febr.** Wie der Londoner Korrespondent des „Temps“ mitteilt, wurde in London weiter beschlossen, daß die Volksabstimmungskommission für Oberschlesien den Abstimmungstag auf den 20. März oder, wenn sich unüberwindliche Hindernisse entgegenstellen, auf ein bequames Datum festlegen soll.

## Eröffnung der Orient-Konferenz in London

**London, 22. Febr.** Die Orient-Konferenz wurde heute in Gegenwart der Vertreter Englands, Japans, Frankreichs und Italiens eröffnet. Am Dienstag morgen wird im St. James-Palast eine große Sitzung stattfinden, bei der den griechischen und türkischen Vertretern Gelegenheit zur Aussprache gegeben werden soll. Der griechische Ministerpräsident Karageorgulu wurde vor dem Beginn der Konferenz von Lord George empfangen. Der griechische Vertreter hielt auf dem Standpunkt, daß Griechenland stark genug sei, den Kampf gegen Kemal Pascha allein zu führen.

## Eine deutsche Wolgarepublik

**Moskau, 22. Febr.** Wie der „Nizhny Novgorod“ aus Kasan gemeldet wird, hat die Sowjetregierung ein Dekret über die Begründung einer autonomen Verwaltung der deutschen Arbeiterkommune in der Wolga erlassen. Diese deutsche Republik soll in Jekaterinenstadt — jetzt Marzstadt — ihren Sitz haben; sie liegt im Gouvernement Samara und hat 300 000 Einwohner. — deutsche Kolonisten. Das Leben nimmt hier einen einigermassen normalen Verlauf. Die dort bestehenden Sowjets gleichen den bolschewistischen Organisationen nur dem Namen nach. In Marzstadt wurde unlangst eine Radio-Station aufgestellt; der Telefonverkehr und die elektrische Beleuchtung funktionieren normal, die Fabriken arbeiten. Mit Sowjetrußland ist Kaufhandel im Gange. In Marzstadt erscheint eine Zeitung unter dem Titel „Nachrichten des Gebietskomitees der Räte, der Kommunistenpartei und der Arbeiterkomitees der Wolgadeutschen“.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Übersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kober; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindefach, Aus der Stadt, Gerichtszettel und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gemeindefach, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Wirtschaftliche Rundschau; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

## Valuta-Bericht vom 22. Februar

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 9,90 Cts. Auszahlung Holland notierte 20,98 A per holl. G.; Schweiz notierte 10,08 A per schw. Fr.; England notierte 237,50 A per Pfd. Sterl.; Frankreich notierte 4,42 A per franz. Fr.; New York notierte 61 A per Dollar.

## Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 22. Februar 1921

Das mächtige Hochdruckgebiet mit seinem Kern über Westrußland beherrscht weiterhin die Wetterlage Mitteleuropas. Bei ungesicherten Ein- und Ausstrahlung verhalten sich die Temperaturverhältnisse. Während in der Höhe eine Wärme bis zu 9 Grad zu konstatieren war, sank die Temperatur in der letzten Nacht bis auf 4 Grad Kälte. Der Hochdruckeinfluß bleibt auch morgen bestehen. Voraussichtliche Witterung bis Donnerstag nacht: Fortdauernder heiter, nur lokale Nebelbildung, trüben, Nachtfrost, am Tage ziemlich mild.

## Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geburten. Edwin Mayer von hier, Präparator hier, mit Paula Böhrer von hier, Karl Kehler von Frankfurt a. M., Schlosser hier, mit Maria Speiser von Zeuthen, Albert Hülsmeyer von Hügelsheim, Reg.-Geschäfte hier, mit Luise Siegfried von Nimburg.

Verheiratet. Ferdinand Martin, Vater Konstantin Weiß, Koffschaffner, Ferdinand Gustav Maria, Vater Ferd. Windscheid Kellner, Fritz Derberl Hermann, Vater Germ. Wed. Kaufm., Maria Johanna, Vater Georg Wiedek, Weingärtner, Rose Anni Käte, Vater Will. Bögele, Schreiner, Hans Demrich, Vater Heim. Köhler, Schneider, Gertrude, Vater Union Müller, Tagl., Dieter Johannsen Darmut, Vater Christian Caselmann, Rechtspraktikant. Todesfälle. Philipp Güntert, Chem., Tagl., alt 58 Jahre. — Benjamin Meng, Chem., Stationsvorstand a. D., alt 74 Jahre.

**TOBES-ANZEIGE**  
Unseren Mitgliedern hiermit die traurige Nachricht, daß unser langjähriger Mitglied

**Fritz Kohn**  
schnell und unerwartet verstorben ist. Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittags 3 Uhr hier statt. 2841  
Zahlreiche Beteiligung erwünscht.  
Der Vorstand.

**Verband der Maler, Lackierer u. Deutschlands: Filiale Karlsruhe**

Am Dienstag, den 22. Februar 1921, morgens 3 Uhr, nach 12 Uhr und unternimmt infolge Gehirnschlag unter treuer Kollege

**Fritz Kohn**  
im Alter von 47 Jahren. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 24. d. M., nachmittags 3 Uhr vom Friedhof aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung bitte  
2840  
Der Vorstand.

**Persil**

wäscht  
schneeweiß,  
ersetzt Rasenbleiche,  
schont und erhält  
die Wäsche,  
spart Arbeit  
Seife u. Kohlen.  
Bestes und billigstes  
selbsttätiges  
Waschmittel  
Preis Mk. 4.— das Paket  
Henkel & Cie.,  
Düsseldorf.

**Trauerhüte**  
in jeder Preislage stets vorrätig  
S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137.

**Städt. Fischhalle** hinter dem Sterordtbad  
Von Mittwoch bis Samstag großer  
**Seefisch-Verkauf!**  
Lobster 2,50, Schellfisch 1,50, K. 2, Seelachs 2,40, Rastlinge 1,50, K. 20.—, Salzheringe 2,00, 10 Stk. 7,50.  
Wichtige Bezugsmenge für Wiederhändler, Kantinen und Restaurationen. Prompter Versand nach außerhalb.  
Tel. 4680: Mag Schäfer.  
Bitte Einwickelpapier mitbringen.

**Baden-Baden.**  
Stadtrat (vom 20. 2. 21.)  
Berbrauchssteuer  
Ist zu entrichten für die Einfuhr von Bier, Wein (auch Obstwein, ausgenommen Schaumwein), frische Fische und Krebse (ausgenommen Rastlin), Schellfische, Perlen, Steinöhlen (auch Britletts) sowie Holz.  
Bezugsheine für verbilligten Mais betr. Diejenigen Landwirte, die 70% ihres Getreideablieferungssolls erfüllt haben, können für die überschüssige Menge abgeklärten Getreides, die gleiche Menge verbilligten Mais beziehen. Der Preis für 100 Kgr netto ohne Sach beträgt Mk. 120.— Bezugsamtes an die Bezugsberechtigten ausgestellt.  
Städt. Lebensmittelamt.

**Durlacher Anzeigen.**

**Ausgabe der Scheine für den Brot- und Mehlbezug.**  
Die Ausgabe der Scheine zum Brot- und Mehlbezug für die Zeit vom 24. Februar bis 28. März d. J. findet in folgender Weise statt:  
Am Donnerstag, den 24. d. M., vormittags von 9 bis 1 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben A bis mit F  
nachmittags von 3 bis 6 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben G, H und K  
Am Freitag, den 25. d. M., vormittags von 9 bis 1 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben J, L bis mit R und Z  
nachmittags von 3 bis 6 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben S, Sch bis mit W.  
Jede Familie hat zwecks Empfangnahme neuer Scheine den Lebensmittelausweis mitzubringen.  
Im Interesse einer ordnungsgemäßen Abwicklung der Geschäfte ist es unbedingt erforderlich, daß die Familien, zu der für den betreffenden Buchstaben bestimmten Zeit erscheinen.  
Wer die ihm zustehenden Scheine am Ausgabestage nicht abholt, bekommt bei späterer Abgabe eine entsprechende Anzahl Brotmarken abgezogen.  
Karlsruhe, den 21. Februar 1921. 441  
Kommunalverband Durlach-Stadt.

**Kastatter Anzeigen.**  
Wir beabsichtigen, auch die im Jahre 1914 geb. Kinder mit Vollmilch zu versorgen, soweit der Milchgang dies gestattet wird.  
Diesbezügliche Anmeldungen werden unter Vorlage des Brotausweises auf Zimmer 18 entgegengenommen.  
Kastatt, den 22. Februar 1921. 462  
Der Kommunalverband Kastatt-Stadt.

**Pfannkuch**

Bester großer  
**Bruchpreis**  
Pfund **2.-**  
Kart

Vollpreis  
gut lochend  
Pfd. **2.50**  
Kart  
und  
Kart **3.-**

In  
**Valencia-Cafelreis**  
Pfund **4.-**  
Kart

**Häfer-  
flocken**  
Pfund **3.-**  
Kart

**Grieß**  
Pfd. **3.50**  
Kart

**Suppen-  
gerste**  
Pfd. **2.60**  
Kart

**Pfannkuch**

Der Plan über die Er-  
richtung einer unter-  
irdischen Telegraphen-  
linie am Hauptplatz,  
Moltke-Rosart, Blücher-  
straße, Mitterstraße, Rittel  
und Gottesackerstraße liegt  
beim Telegraphen-Bauamt  
Karlsruhe (Baden) von  
heute ab 4 Wochen aus.  
Karlsruhe (Baden),  
23. Februar 1921.  
Telegraphen-Bauamt.

**Kragen**

**-Wäscherei  
Schorpp**  
Isoliert schnellsten  
Annahmestellen:  
Karlsruhe:  
Bernhardstraße 8  
Kaiserstr. 34 u. 243  
Gerwiesstraße 49  
Amalienstraße 15  
Waldstraße 64  
Wilhelmstraße 32  
Augustastr. 13  
Schillerstraße 18  
Kaiserallee 37  
Gabelsbergerstr. 1  
Rheinstraße 18.  
Durlach:  
Hauptstr. 15.

**Diwans**

neu, von 650 Mk. an.  
H. Köhler, Schützenstr. 25.  
Gebrauchte  
Brennholzstreufrüge  
billig abgegeben. Die-  
selbe kann in Suppen-  
beim angesehen werden.  
Hörner Kaufmann  
Karlsruhe  
Kreuzstraße 21.

**Badisches Landestheater.** 445  
Mittwoch, 23. Febr., 7 bis geg. 9 1/2 Uhr, Mk. 17.-.  
**Madame Butterfly**

Dank der Hilfsbereitschaft der religiösen  
Gesellschaft der „Freunde“ (Länder von Ame-  
rika) sollen demnächst, ebenso wie bisher, die  
unterernährten Schulkinder, auch werdende und  
stillende Mütter, sowie Kleinkinder von 2-6  
Jahren an einer täglichen Speisung teilnehmen.

- Die Speisung wird voraussichtlich am 1. März  
beginnen; sie findet täglich um 1/4 Uhr nach-  
mittags in folgenden Lokalen statt, die für  
diesen Zweck besonders gewärmt und reser-  
viert sind:  
a) Oststadt: Restaurant z. Georg-Friedrich,  
Eingang Georg-Friedrichstraße.  
b) Südstadt: Luisenhaus, Baumeisterstraße,  
Ecke Ruppurrerstraße.  
c) Mühlburg: Restaurant z. „Rheinland“,  
Eingang Marktstraße.  
d) Mittelstadt: Restaurant z. „Camdrinus-  
halle“, Erbspringenstraße.  
e) Weststadt: Restaurant z. „Württemberg-  
hof“, Ulllandstraße.  
f) Südweststadt und Beierthelm: Restaurant  
zum „Prinz Heinrich“, Kurvenstraße.
  - Die Teilnehmerinnen werden vom Jugend-  
amt auf das zunächst geeignete Lokal verteilt.  
Es wird erwartet, daß sie täglich zur festge-  
setzten Zeit auf die Dauer von 3 Monaten  
erscheinen.
  - Ein tiefer Teller, Schüssel und Löffel ist täg-  
lich mitzubringen.
  - Das Essen besteht in Milchreis, Kakao mit  
Böden, Erbsen und dergleichen.
  - Zur Deckung der Unkosten sind täglich für  
eine Portion (1/2 bzw. 2/3 Liter) bis auf  
Weiteres 25 s, später vielleicht 40 s zu ent-  
richten. Die Nahrungsmittel selbst, von den  
Qualitäten geschont, sind in dieser Höhe zu  
normalem Preis überhaupt nicht zu erhalten.
  - Eine Berechtigungskarte zur Teilnahme er-  
halten: stillende Mütter bis zur Frist von  
6 Monaten nach der Entbindung und wer-  
dende Mütter vom 7. Monat der Schwanger-  
schaft an, sofern die Untersuchte auf Grund  
ihres geschwächten körperlichen Zustandes  
vom Arzt vorgeschlagen wird. Von Klein-  
kindern kommen insbesondere in Betracht:  
solche mit nachweisbarer Tuberkulose, solche,  
die weit im Gewicht zurück sind und deren  
Ernährungszustand infolge von Krankheit  
ungünstig beeinflusst ist. In erster Linie  
sollen diejenigen Kleinkinder zugelassen wer-  
den, welche von ihren unter Ziffer 6 genann-  
ten Müttern mitgebracht werden können.  
Diese werden ersucht, sich sofort, gegebenen-  
falls mit ihren Kindern von 2-6 Jahren,  
bei einer der unten genannten Stellen zur  
angegebenen Zeit vorzustellen.
  - Die städt. ärztlichen Säuglings- und Berat-  
ungsstellen sind bereit, nach vorgenommener  
Untersuchung eine Bescheinigung über die  
Notwendigkeit der Teilnahme an der Spei-  
sung auszustellen. 447
- Städtische Säuglings- und Beratungsstellen:  
Dienstag u. Freitag: Steinstr. 20, von 5-6,  
Mittwoch: Mühlburg, Hardstr. 8, von 5-6,  
Dienstag: Karl-Wilhelmsschule, von 5-6 Uhr,  
Mittwoch: Gartenstr., Schulhaus, von 4-5-6,  
Donnerstag: Taglinden, Schulhaus, v. 2-3,  
Freitag: Ruppurr bei Dr. Brauns, alle 14  
Tage um 8 Uhr. 447  
Karlsruhe, den 22. Februar 1921.  
Städtisches Jugendamt.

**Einkaufsgenossenschaft d. Beamten u. Staatsarbeiter  
in Baden n. d. S., Sitz Karlsruhe.**

**Großer Räumungs-Verkauf**  
in  
**Herren-Anzügen und Schuhwaren**  
zu bedeutend herabgesetzten Preisen!

Begen Aufgabe und Räumung unseres Lagers in La Herren-Konfektion  
(bei guten Stoffen und bester Verarbeitung) sowie guten Herren-, Damen-  
und Kinder-Stiefeln veranstalten wir bei bedeutend herabgesetzten Preisen  
— teilweise bis zu 50% — einen Sonderverkauf.

**Herren-Anzüge in der Preislage von M 250.— bis 800.—**  
**Herren-Stiefel " " " " M 100.— " 198.—**  
**Damen-Stiefel " " " " M 100.— " 190.—**  
**Kinder-Stiefel " " " " M 60.— " 150.—**

Genossenschaftler, gewerkschaftlich organisierte Angestellte,  
Arbeiter und Beamte!

Laßt Euch diese äußerst günstige Gelegenheit nicht entgehen, ohne Euren  
Bedarf bei uns zu decken.  
Verkauf täglich von 8-12 und 2-6 Uhr in unserem Lager Karlsruhe,  
Alter Bahnhof, Treustraße 7, Eingang von der Bahnhofsgeleise.  
Mitgliedskarte mitbringen! 3702

**Zigarren- und  
Wickelmacherinnen**  
stellen ein 2823  
**F. W. Hartmann**  
35 Reichenstraße 35.

Anfertigen u. Aufarbeiten  
von  
**Polstermöbel,**  
**Zimmertapezieren**  
Vorhänge aufmachen  
bei billiger Berechnung  
empfehlen sich  
Tapezierermeister E. Damer,  
Rührrerstr. 23.

Eine **Bibliothek**  
ganze  
für **neun Mark**  
erhalten Sie durch das  
„Wirtschaftliche Arbeits-  
nehmer - Taschenbuch“,  
enthält alles, was man im  
täglichen Leben rasch wissen  
muß, v. A.: Verfassung,  
Friedensvertrag, Deerevolen,  
Finanzen, Steuerrecht,  
Eisenbahnen, Ausländer-  
recht, Internationales  
Recht, Arbeiter- u. Berufs-  
recht, Wirtschaftslehre, Partei-  
wesen, Reduktion, Massen-  
psychologie, Sozial- u. An-  
gestelltenrecht, Betriebs-  
rätegesetz, Soziale Ver-  
sicherung, Versicherungs-  
gesetz, Schiene der  
Volkswirtschaft, Sozial-  
versicherung, Gewerbetelli-  
gung, Indesertieren, Leber-  
erkrankungen, Schulwesen,  
Volkswirtschaftliche Fragen,  
Kultur, Einkommen  
u. v. v. Preis 49 s. Porto 60 s.

**Volkshandlung**  
Alberstr. 16. 2205

**Pfannkuch**

**Amerikanisches  
Schweine-  
schmalz**  
garantiert rein  
Pfd. **12.50**  
Kart

**Speiseseiten**  
Pfd. **11.50**  
Kart

**Pflanzenfett**  
offen und in Tafeln  
Pfd. **12.00**  
Kart

**Margarine**  
1/2 Pfund-Würfel  
Kart **11.50**

**Berplex-  
Margarine**  
Erfolg für Butter  
1/2 Pfund-Würfel  
Kart **13.50**

**fr. Salatöl**  
Liter **20.00**

**Pfannkuch**

**Färberei Prink**  
Akt.-Ges. Gegr. 1846  
**färbt und reinigt**  
zu ermäßigten Preisen.

Läden:  
Kaiserstraße 61  
Kaiserstraße 193  
Kaiserstraße 245  
Karl-Friedrichstraße 20  
Schützenstraße 18  
Annahmestellen:  
Ludwig-Wilhelmstraße 10  
Ecke Garten- und Lessingstraße  
Mühlburg: Mühlstr. 1 u. Philippstr. 1  
Gartenstadt: Ruppurrer Ostendorferpl.  
Durlach: Hauptstraße 43  
Fabrik: Eßlingerstraße 55, Telefon 63.

Homöopathie / Kombiniert / Spezialbehandlung alter  
Magnetopathie / rationelles / chronischer langjähriger  
Naturheilkunde / Heilverfahren / Leiden, 11-jährige Praxis  
**Karl Teschke, Karlsruhe, Karl Wilhelmstr. 34, 1. Treppe.**  
Klinische der Elektrischen: Parkstr. 1, Linie 4.  
Sprechstunden: Werktags 9-11 und 3-5 Uhr.  
Epilepsie, Herz-, Nerven-, Magen-, Darm-, Leber-, Nieren-, Lungen-  
erkrankungen, Gicht, Rheumatisches, Flechten, offene Fälle, alle Kinder-  
krankheiten, Gallensteine, Hämorrhoiden, Frauenleiden, Kropf, Po-  
lypen- u. Magengeschwüre ohne Operation, Haut- u. Geschlechtsleiden.

Herr Privatmann Theodor Gartner hat we-  
gen Wegzugs von hier sein Amt als Stadtrat  
niedergelegt. Die Amtsniederlegung ist im Ein-  
blick auf § 9 Abs. 3, Ziff. 2 der St.-O. als zu Recht  
erfolgt anerkannt worden. Es ist daher ein  
Ersatzmann mit Amtsdauer bis zu den nächsten  
Erneuerungswahlen des Stadtrats (November  
1922) zu bestellen. Da in der f. J. von der  
deutsch-demokratischen Partei, der sozialdemo-  
kratischen Partei und der Zentrumspartei ein-  
gereichten gemeinsamen Vorschlagsliste keine  
Ersatzmänner vorgesehen waren, haben die  
Stadtoberordneten gemäß § 25, Abs. 3 der St.-O.  
mit einfacher Stimmenmehrheit einen Ersatz-  
mann zu wählen. Wähler in den Stadtrat  
ist jeder mindestens 25 Jahre alte Stadtbürger,  
dessen Bürgerrecht nicht ruht (§ 10 der St.-O.).  
Es können aber diejenigen Beamten, durch  
welche die Aufsicht des Staates über die Stadt  
ausgeübt wird, sowie die Stadtoberordneten die  
auf sie gefallene Wahl nur annehmen, wenn  
sie ihr Amt niederlegen. Ehegatten, Geschwister,  
Eltern und Kinder, Schwiegereltern und  
Schwiegerkinder sowie verwandte Personen  
und diejenigen, welche als offene oder persön-  
lich haftende Gesellschafter bei der nämlichen  
Handelsgesellschaft beteiligt sind, können nicht  
gleichzeitig Mitglieder des Stadtrats sein.  
Die Ersatzwahl findet  
Freitag, den 4. März d. J., nachmittags von  
1/4 bis 4 Uhr  
im großen Rathsaussaal statt.  
Die Stadtoberordneten werden hiermit zu  
dieser Wahl eingeladen. 448  
Karlsruhe, den 19. Februar 1921.  
Das Bürgermeisteramt.

**Amerikanisches Weizenmehl.**  
Verteilung von Freitag, den 25. Februar an bis  
einschl. Samstag, den 5. März in den Bäckereien  
gegen die Mehl- und Brotmarken Nr. 17, Rohmenge  
800 gr zum Preise von Mk. 7.20; außerdem wer-  
den auf diese Marke die üblichen 340 gr Brot  
oder 250 gr Brotmehl verabfolgt.

Krankheitsempfindlicher können die Brot-  
und Mehlmarken Nr. 17 und 18 bereits am 28. Februar  
in Krankheitsfällen untauglich und erhalten hierbei  
gegen die Mehlmarken Nr. 17 eine entsprechende Mehl-  
karte zum Besitze von amerikanischem Weizenmehl.

Wir empfehlen den Haushaltungen, die in den  
Brotbackarbeiten befindlichen Mehlarten möglichst  
erst gegen Schluß der betr. Versorgungsperiode ein-  
zukaufen, falls aber vor der Zeit, in welcher die  
Wichtigkeit haben, damit die Haushaltungen bei Aus-  
fall dieser Marken für besondere Mehlverteilungen  
noch im Besitze derselben sind.

Für abhandelt getommene oder vor der Gältig-  
keitszeit eingehenden Marken kann ein Ersatz nicht  
geleistet werden. 449

Karlsruhe, den 22. Februar 1922.  
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Das städtische  
**Friedrichsbad**  
Schwimmbad, Bäder und  
Kurabteilungen ab Mittwoch, den  
23. ds. Mts. 442

**wieder geöffnet**

**Nachhilfe u. Beaufsichtigung**  
der Schularbeiten für Schüler und Schül-  
lerinnen jeder Klasse und jeder Lehr-  
anstalt (Real- und Gymnasium) durch  
Privatlehrer: **H. K. Ritter, Körnerstr. 30.**  
Sprechstunden: täglich 9-11, 12-1-3 Uhr.  
Einkauf jederzeit. Mäßiges Honorar.  
Vorbereitung zu Examina. 2272

Neue Sendung  
**1a Schweineschmalz**  
Pfd. Mk. **13.-** bei Abnahme  
von 5 Pfund,  
einzelu das Pfund Mk. **13.20**  
empfehlen  
**Friedr. Zink, Kolonialwaren**  
Bochstraße 22. 2824

**Färbe zu Hause**  
nur mit  
**Heilmann's Farben**  
Marke „Fuchskopf im Stern“  
Einfach-Praktisch-Billig!

**Bilder**  
mit Rahmen, große Aus-  
wahl, billig. 2185  
**Schäfers Ausstattungs-  
Kaufhaus**  
Kaiserstraße 38.

**Wäscherei  
Schorpp**  
verkauft auch  
**Neue Kragen.**

**Das städtische  
Friedrichsbad**  
Schwimmbad, Bäder und  
Kurabteilungen ab Mittwoch, den  
23. ds. Mts. 442

**Gummiholen**  
ausgestrichelt ohne  
Nägel, Rollen und  
Absätze 21 Mark.  
Schuhreparatur mit  
Gummistückchen.  
**W. B. Orsini, 36**  
Ecke Markt- u. Haupt-  
str. 36.

**Druck-Karten**  
Hefert  
Dunndruckerei Göt. & Göt.

**Pfannkuch**  
**Freisch**  
eingetroffen!  
**Süß-  
bücklinge**  
1/2 Pfd. **2.50**  
Kart  
**Pfannkuch**